

→ AN

DIRECTION A
3 0. 09. 2009
CF A1

DG TREN	CODE: 31457					
A/	ECHANGE:					
ACTION:	30 09 2009					
R	A	B	C	D	E	F
G	H	OL	DGA	DGA	DGA	CP3
DG	AS	GD	EEG	HI	AAE	

Familie Svoboda
Neuwaldeggerstraße 3/ Stg. 2
A-1170 Wien
Österreich

European Commission
Directorate-General for Energie and Transport
Directorate A- Internal market & Sustainability
The Director

Betr.: Verkehrsbelastung

22.9.2009.

Sehr geehrte Frau Anne Houtman!

Zunächst möchten wir uns für Ihr ausführliches Schreiben vom 16.8.2009 <TREN/A1/AN/ccD(2009)62694> recht herzlich bedanken. Ihre Ausführungen klingen recht positiv; anscheinend hat in der Kommission ein Umdenken eingesetzt wonach auch dem Menschen eine gewisse Bedeutung zuerkannt wird. Das bisherige Vorgehen der Kommission gegenüber den Bedürfnissen unserer Bevölkerung, die bei extrem starken Verkehr einen Mangel an Lebensqualität hatten sowie unter gesundheitlicher Beeinträchtigung litten, war jedenfalls zutiefst enttäuschend. Es wurden österreichische Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (Mauterhöhung bzw. partielle Verkehrsbeschränkungen für LKW) bekämpft; es wäre vielmehr sinnvoll gewesen diese Energien zu einer rechtzeitigen und zweckmäßigen Änderung der Vorschriften zu verwenden. Die letzte Änderung der Vorschriften bezüglich der Mautgebühren (Berücksichtigung der Umweltschäden) wurde übrigens vom EU- Parlament verlangt!

Die „Mitteilung“ der Kommission (Kom/2009/0279) ist sehr interessant uns fällt darin auf:

ad 7) Die Nachhaltigkeit des Verkehrs dürfte doch in der Schweiz (die liegt doch mitten in Europa) nicht so schlecht sein; vor allem scheint der Schienenverkehr nachahmenswert zu sein.

ad 8) Der Luftverkehr sollte hier wohl nicht als Vorbild stehen, dieser wird durch die derzeitige Steuerbefreiung ungerecht bevorzugt und kann daher niedrigere Preise gewähren als der effizientere Schienenverkehr; von der CO2 Belastung ganz abgesehen (dies soll aber geändert werden).

ad14) Bei der von Ihnen zitierten Berücksichtigung der <Bedürfnisse der Menschen> sollten auch die Auswirkungen des Verkehrs auf die Anrainer nicht vergessen werden. Es müssten die Lebensqualität und die Gesundheit aller Betroffenen Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen!

ad15) Dem stark gewachsenen Verkehrsvolumen müssten Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung (insbesondere LKW- Fahrten) entgegenstehen. Beginnen müsste man da schon in der Kommission: Wenn z. B. die Errichtung von Schlachthöfen in Süditalien oder Griechenland gefördert wird obwohl dort kaum Rinderzucht betrieben wird führt dies zu Tiertransporten quer durch Europa; Exportförderungen müssten an CO2- armen Transport gebunden werden; unerlässlich ist die Verhinderung von Veredlungsfahrten in Länder mit niedrigem Lohnniveau durch CO2 abhängige Abgaben; keine grenzen- (bedingungs-) lose Liberalisierung wie z.B. beim Paketdienst: durch Sozialdumping ist eine viel zu große Anzahl von Paketdiensten lebensfähig. Diese tragen bei zur Staubildung in den Städten und zu unnötig hoher Umweltbelastung in dünn besiedelten Regionen; die ländliche Bevölkerung klagt überdies über mangelhafte Zustellung (Pakete an Private werden wegen des starken Zeitdrucks der Fahrer als nicht angenommen retourniert oder mit gefälschter Übernahmebestätigung irgendwo abgelegt- und wie sollte die Firma die Echtheit der Unterschrift prüfen können).

Bei der Vergabe von Bestellungen sollten lokalen Bietern Bonuspunkte zugebilligt werden bzw. andererseits für längere Warentransporte CO2 Belastungen erfolgen.

Bei der Besiedlung neuer Gebiete (Stadtteile) müssen sofort öffentliche Verkehrsmittel und Infrastruktur bereitgestellt sein um den Individualverkehr vom Beginn an möglichst nieder zu halten.

Kennzeichnung aller Handelswaren (auch Lebensmittel) hinsichtlich der inkludierten CO2- Belastung, zumindest durch den Transport. *)

ad 18) Die Entwicklung neuer Technologien sollte national und durch die EU-Kommission gefördert werden. Die staatlichen Stützungen der KFZ- Industrie müssten mit entsprechenden Auflagen zur Technologieförderung verbunden sein.

Mit freundlichen Grüßen

Svoboda Maria

Svoboda R

*) und dafür weniger für die Atomindustrie ausgegeben werden